



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhausen-Nahe

Niederschrift der 1. Sitzung des Regionalvertretung in der Wahlperiode 2024-2029 am 26. November 2024 von 14:30 – 17:20 Uhr in Nackenheim

Teilnehmer sowie entschuldigte Mitglieder entnehmen Sie der beigefügten Teilnehmerliste.

Vertreter der Geschäftsstelle: Herr Leitender Planer Alexander Krämer, Herr Johannes Baumann und Frau Valentina Alvarez

Vertreter der obersten und oberen Landesplanungsbehörden: Herr Roland Johst (Oberste Landesplanungsbehörde), Frau Susanne Reichardt und Herr Tobias Weber (beide Obere Landesplanungsbehörde - SGD Süd) sowie Frau Julia Bauer (Obere Landesplanungsbehörde – SGD Nord).

TOP 1: Begrüßung durch die Vorsitzende, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Vorsitzende, Frau Landrätin Dickes, eröffnet die Sitzung des Regionalvertretung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Außerdem wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Vorsitzende kündigt zwei Änderungen der Tagesordnung an. So ist zu TOP 7 nach kurzfristiger Fertigstellung des Rechnungsprüfungsberichts eine Beschlussfassung anstelle einer bloßen Information vorgesehen. Zu TOP 10 sei hingegen lediglich eine Information anstelle einer Beschlussfassung geplant, da hier noch kein beschlussfähiger Kompromiss gefunden worden ist. Den Änderungen wird zugestimmt.

Herr Frank, Mitglied der AfD-Fraktion, stellt einen Antrag auf Verschiebung des Beschlusses zu TOP 11. Er begründet dies mit den vielen neuen Mitgliedern der Regionalvertretung und dem großen Umfang der Unterlagen, die vorher nicht mehr in den Ausschüssen besprochen worden sind. Zudem erwähnt er eine verfassungsrechtliche Prüfung der Flächenbeitragswerte des Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG), die noch nicht abgeschlossen ist.

Die Vorsitzende erklärt, dass auf Grund der intensiven Beratungen in den Ausschüssen in der vorherigen Periode und der erforderlichen Konstituierung der Regionalvertretung keine Vorberatungen in den Ausschüssen durchgeführt werden konnte.

Der leitende Planer, Herr Krämer ergänzt, dass durch eine Verschiebung des Beschlusses das Planverfahren um mehrere Monate verzögert würde. Dadurch



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe

würden auch viele Windkraftplanungen, die auf den Beschluss der Teilfortschreibung warten, verzögert werden. Zudem müsse bis Ende 2026 der obersten Landesplanungsbehörde ein Planentwurf zur Genehmigung vorgelegt werden, ansonsten trete eine allgemeine Privilegierung der Windenergie ein. Daher sei es nicht ratsam auf eine Gesetzesprüfung zu warten.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag auf Verschiebung von TOP 11 abstimmen. Der Antrag wird bei 5 Stimmen dafür und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Frau Werner trägt vor, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Parteien Bündnis90/Die Grünen, Volt und die Linke eine gemeinsame Fraktion bilden wollen. Sie führt in einem Redebeitrag aus, dass ihnen durch den Zusammenschluss als Fraktion ein weiterer Sitz im Regionalvorstand und den Ausschüssen zur Verfügung stünde.

Die Vorsitzende erklärt, dass nach den vorangegangenen rechtlichen Prüfungen eine Veränderung der Sitzverteilung auf Grund von Fraktionsbildungen nach Gemeindeordnung nicht möglich ist. Sie bittet Herr Bgm. Spiegler dazu Stellung zu nehmen.

Herr Bgm. Spiegler weist daraufhin, dass der zusätzliche Sitz zu Lasten einer anderen Fraktion ginge. Er führt die rechtlichen Grundlagen zu dem besprochenen Sachverhalt aus und bestätigt die von der Vorsitzenden dargestellte Rechtslage, dass die Bildung von Fraktionen nicht zu einer veränderten Sitzverteilung führen darf.

Herr Dr. Huck argumentiert hingegen, dass es bei der Zusammensetzung der Ausschüsse der Stadt Mainz infolge von Fraktionsbildungen zu Veränderungen der Sitzverteilung gekommen ist.

Herr Lautenbacher betont nochmals, dass die Parteien eine Fraktion bilden wollen und keine **Zähl**gemeinschaft.

Die Vorsitzende entscheidet, dass auf Grundlage der heutigen Rechtsauffassung die Gremienwahlen durchgeführt werden. Sofern die Rechtsauffassung widerlegt werde, werde die Wahl in der nächsten Sitzung wiederholt.

TOP 2: Verpflichtung der Mitglieder in der Regionalvertretung

Die Vorsitzende verpflichtet alle Mitglieder der Regionalvertretung.



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhausen-Nahe

TOP 3: Protokoll der 11. Sitzung am 05.06.2024 in der Wahlperiode 2019 - 2024

Die Vorsitzende fragt, ob es von den damals bereits zur Regionalvertretung gehörenden Mitgliedern gegen die Niederschrift der 11. Sitzung der Regionalvertretung vom 05. Juni 2024 Einwände gibt. Dies ist nicht der Fall. Die Niederschrift wird somit angenommen.

TOP 4 Wahl der/des Vorsitzenden und der beiden Stellvertretungen – Beschlussfassung

Die Vorsitzende führt aus, dass mit Beginn der neuen Periode ein neuer Vorsitzender gewählt werden muss.

Es wird eine Wahlkommission gebildet. Als Wahlleiter wird Herr OB Frühauf und als Wahlhelfer werden Herr Bgm. Bothe und Herr Malkmus vorgeschlagen. Dies wird so angenommen.

Der Wahlleiter bittet sodann um Vorschläge für die Wahl der/des Vorsitzenden.

Für den zukünftigen Vorsitz der Planungsgemeinschaft wird die aktuelle Vorsitzende, Landrätin **Bettina Dickes**, vorgeschlagen.

Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

Es folgt sodann eine geheime Wahl. Nach Auszählung der Stimmen der 61 anwesenden stimmberechtigten Mitglieder wird Frau Landrätin Dickes mit 55 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gewählt.

Der Wahlleiter fragt, ob die wiedergewählte Vorsitzende die Wahl annimmt. Die neue Vorsitzende bedankt sich für die Wahl und nimmt diese an.

Der Wahlleiter bittet sodann nach Vorschlägen für die Wahl einer/einem ersten stellvertretenden und einer/einem zweiten stellvertretenden Vorsitzenden. Es werden Herr Landrat **Heiko Sippel** als erster stellvertretender Vorsitzender und Frau Landrätin **Dorothea Schäfer** als zweite stellvertretende Vorsitzende vorgeschlagen.

Weitere Vorschläge liegen nicht vor. Es wird hier ebenfalls eine geheime Wahl in zwei getrennten Wahlgängen durchgeführt.

Auf Herrn Sippel entfallen 55 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Auf Frau Schäfer entfallen 48 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Die beiden gewählten Stellvertreter nehmen die Wahl an.



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe

TOP 5 Bildung des Regionalvorstandes - Beschlussfassung

Die Vorsitzende erläutert, dass für den Regionalvorstand, neben den geborenen Mitgliedern und den Mitgliedern nach § 6 Abs. 1 Nr. 3, 13 Vorstandsmitglieder, die von der Regionalvertretung aus dem Kreis der weiteren Vertreterinnen und Vertreter nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 gewählt werden.

Herr Krämer zeigt die vorgeschlagenen Mitglieder über den Beamer den anwesenden Mitgliedern der Regionalvertretung.

Wahlvorschlag für die Besetzung des Regionalvorstandes der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe:

Landräte und Oberbürgermeister nach § 9 (1) Nr.1 der Satzung		6
OB Nino Haase OB Adolf Kessel Landrätin Dorothea Schäfer Landrätin Bettina Dickes Landrat Miroslaw Kowalski Landrat Heiko Sippel		
Vorstandsmitglieder nach		13
Partei	Mitglied	Stellvertreter
SPD	Ralph Spiegler	Ylva Dayan
	Ralf Claus	Mareike von Jungenfeld
	Ralph Bothe	Timo Horst
	Uwe Engelmann	Friedrich Marx
CDU	Markus Conrad	Walter Wagner
	Anette Odenweller	Isabell Rahms
	Heinz-Martin Schwerbel	Thomas Blechschildt
	Thomas Jung	Patrick Merscher



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe

	Iris Muth	Monika Stellmann
B 90/Grüne	Ludger Nuphaus	Dr. Brian Huck
FWG	Erwin Malkmus	Bernd Alfasser
FDP	Emanuel Letz	Stephanie Steichele-Guntrum
AfD	Jürgen Klein	Torsten Struth
Kammern und Verbände nach		5
IHK	Dr. Florian Steidl	Fabian Göttlich
HWK	Dominik Ostendorf	Stephanie Binge
LWK	Jan-Hendrik Müller. LWK	Gunther Hiestand
Arbeitgeberverbände	Dirk Friedsam	Thomas Weber
Umweltverbände	Gerhard Weitmann	N.N.
Gewerkschaften	Derzeit ohne Mitgliedschaft	

Die Vorsitzende schlägt vor die Mitglieder des Regionalvorstands en bloc zu wählen. Es gibt keine Einwände aus der Regionalvertretung.

Der vorgenannte Vorschlag wird zur Abstimmung gebracht, welche per Akklamation erfolgt. Das Ergebnis ist einstimmig bei 2 Enthaltungen.

TOP 6 Bildung der Ausschüsse – Beschlussfassung

TOP 6.1 Anzahl der Ausschüsse

Die Vorsitzende erläutert kurz die Arbeit und Bedeutsamkeit der Ausschüsse und fragt die Regionalvertretung, ob die Ausschüsse in ihrer Form so weiterbestehen können. Es gibt keine Einwände.

Die Vorsitzende fragt, ob über die Ausschüsse ebenfalls en bloc abgestimmt werden kann, auch hier gibt es keine Einwände.



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe

6.2 Besetzung der Ausschüsse

Herr Krämer zeigt die im Vorfeld der Sitzung übermittelten Vorschläge für den Ausschuss für Siedlungsentwicklung und Infrastruktur.

Ausschuss für Siedlungsentwicklung und Infrastruktur		18
Partei	Mitglied	Stellvertreter
SPD	Manfred Scherer	Uwe Engelmann
	Thomas Roland	Stefan Becker
	Timo Horst	Gerd Rocker
	Mareike von Jungenfeld	Ylva Dayan
CDU	Markus Conrad	Iris Muth
	Andrea Silvestri	Heinz-Martin Schwerbel
	Monika Stellmann	Guido Stein
	Anette Odenweller	Ulrich Mönch
	Thomas Feser	Isabell Rahms
B90/ Grüne	Dr. Brian Huck	Martin Schykowski
FWG	Bernd Alfasser	Karl Müller. LWK
FDP	Thomas A. Klann	Stephanie Steichele-Guntrum
AfD	Sabine Caspers	Torsten Struth
Kammern und Verbände nach		5
IHK	Dr. Florian Steidl	Fabian Henn
HWK	Michael Fuhr	Dominik Ostendorf
LWK	Jan-Hendrik Müller. LWK	Christian Riede
Arbeitgeberverbände	Dirk Friedsam	Jan Minthe



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe

Umweltverbände	Gerhard Weitmann	N.N.
Gewerkschaften	Derzeit ohne Mitgliedschaft	

Die vorgenannten Vorschläge werden bei einer Enthaltung angenommen.

Herr Krämer zeigt die im Vorfeld der Sitzung übermittelten Vorschläge für den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz.

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz		18
Partei	Mitglied	Stellvertreter
SPD	Ylva Dayan	Ralf Claus
	Ralf Bothe	Ingo Kleinfelder
	Stefan Becker	Manfred Klingel
	Uwe Engelmann	Manfred Scherer
CDU	Walter Wagner	Guido Stein
	Patrick Merscher	Heinz-Martin Schwerbel
	Heinz-Martin Schwerbel	Guido Stein
	Gabriele Wagner	Thomas Barth (MdL)
	Hermann Müller. LWK	Frank Frühauf
B90/ Grüne	Tim Ott	Walter Luser Britta Werner
FWG	Matthias König	Karl Müller. LWK
FDP	Hermann Wiest	Stephanie Steichele-Guntrum
AfD	Arne Kuster	Jürgen Klein
Kammern und Verbände nach		5
IHK	Philipp Rosdücher	N.N.



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe

HWK	Dominik Ostendorf	Michael Fuhr
LWK	Jan-Hendrik Müller. LWK	Christian Riede
Arbeitgeberverbände	Dirk Friedsam	Jan Minthe
Umweltverbände	Gerhard Weitmann	N.N.
Gewerkschaften	Derzeit ohne Mitgliedschaft	

Die vorgenannten Vorschläge werden bei einer Enthaltung angenommen.

TOP 7 Entgegennahme der Kassen- und Haushaltsrechnung für das Jahr 2023 und Feststellung der Jahresrechnung sowie Entlastung der Vorsitzenden und der Geschäftsstelle - Beschlussfassung

Die Vorsitzende erklärt, dass in den versendeten Unterlagen TOP 7 nur als Information vorgesehen war, da der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Bad Kreuznach noch nicht vorlag. Der Bericht sei eine Woche vor der Sitzung an die Geschäftsstelle übermittelt worden und sei nun als Tischvorlage ausgelegt.

Beschluss: Die Regionalvertretung nimmt Kenntnis vom Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Bad Kreuznach vom 21.11.2024 und stellt das Rechnungsergebnis des Haushaltsjahres 2023 fest. Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Herr Bgm. Conrad stellt einen Antrag auf Entlastung der Vorsitzenden und der Geschäftsstelle.

Beschluss: Die Regionalvertretung erteilt der Vorsitzenden sowie der Geschäftsstelle für das Haushaltsjahr 2023 Entlastung. Der Beschluss wird bei 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

TOP 8 Haushaltsjahr 2024: Bestellung eines Rechnungsprüfungsamtes zur Prüfung der Jahresrechnung 2024 – Beschlussfassung

Die Vorsitzende erläutert, dass die Bestellung des Rechnungsprüfungsamtes nach einem festgelegten Turnus erfolgt. Für die Prüfung des Jahres 2024 ist das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Bingen am Rhein vorgesehen.



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhausen-Nahe

Die Regionalvertretung nimmt die Ausführungen der Vorsitzenden der Planungsgemeinschaft Rheinhausen-Nahe zur Kenntnis und bestellt – mit einstimmigem Beschluss – das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Bingen am Rhein mit der Prüfung der Jahresrechnung 2024.

TOP 9 Haushaltssatzung / Haushaltsplan für das Jahr 2025 – Beschlussfassung

Herr Krämer berichtet, dass im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügige Anpassungen am Haushalt vorgenommen wurden. Beispielsweise sei der Betrag für das Impulsprogramm Ländlicher Raum auf 15.000 € aufgestockt worden, um eine erneute Bewerbung für das Förderprogramm „Strategische Regionalentwicklung“ zu ermöglichen.

Herr Nuphaus fragt nach, ob erhöhte Kosten durch die erneuten Anhörungen der Planfortschreibungen und die gestiegenen Anforderungen zu erwarten sind.

Herr Krämer antwortet, dass es in diesem Jahr auf Grund der beiden Teilfortschreibungen und den damit verbundenen Strategische Umweltprüfungen, Potenzialanalysen sowie Natura2000-Vorprüfungen zu deutlichen Kostensteigerungen kam. Einen Teil der Ausgaben trägt jedoch die SGD Süd, da hier die Finanzierungsverantwortung für die Umweltprüfung liegt.

Beschluss: Die Regionalvertretung nimmt die Ausführungen der Vorsitzenden der Planungsgemeinschaft und der Geschäftsstelle zur Kenntnis und beschließt auf Empfehlung des Vorstandes die Haushaltssatzung für das Jahr 2025

Der Beschlussantrag wird einstimmig angenommen.

TOP 10 Nutzungskonflikt Rohstoffsicherung / Windenergienutzung im Gewann Bauwald, Landkreis Bad Kreuznach – Information

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass TOP 10 auf Grund des noch nicht abgeschlossenen Diskussionsprozesses in der Sitzung nicht beschlossen wird, sondern nur eine Information für die Regionalvertretung stattfindet.

Herr Krämer erklärt, dass bei der Fläche 37 eine Überlagerung eines Vorranggebietes für die Windenergie mit einem Vorranggebiet für langfristige Rohstoffsicherung vorliegt. Die Planungsgemeinschaft ermögliche hier eine temporäre Windenergienutzung befristet bis zum 31.12.2050. Dies entspreche der Beschlussfassung der Regionalvertretung vom 27.02.2024.



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe

Um mehr Rechtssicherheit zu schaffen sei ein Kompromiss gesucht worden, der beiden Seiten Vorteile bringt. Bis zur Sitzung sei keine Einigung mit allen Beteiligten erzielt worden. Aus diesem Grund gebe es noch keinen Beschluss, man suche aber weiterhin nach einer Lösung.

Herr Nuphaus fragt nach, ob es bereits berechtigte Anfragen für den Abbau gibt, da diese auch einen sehr langen Vorlauf benötigen.

Herr Krämer erwidert, dass es zum aktuellen Zeitpunkt noch keine Anträge gibt, sondern lediglich eine Interessensbekundung

TOP 11 Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Anhörung zur vierten Teilfortschreibung des ROP 2014 für das Sachgebiet Energieversorgung (Windenergie) – Beschlussfassung

Herr Krämer stellt zuerst die vier neuen Flächen im Vergleich zur ersten Anhörung vor. Danach geht er auf die Veränderungen bei den übrigen Flächen ein.

Fläche 1 (Stadt Mainz / Klein Winternheim / Nieder-Olm):

Herr Krämer berichtet, dass von der oberen Naturschutzbehörde große Bedenken wegen des dortigen Feldhamstervorkommens geäußert wurden. Auf mehreren Folien wird der massive Populationsrückgang in Rheinhessen in den letzten zehn Jahren verdeutlicht. Mit Rücksicht auf mögliche Gefährdungen der letzten stabilen Population in Rheinland-Pfalz werde eine Verkleinerung der Fläche 1 im Süden empfohlen.

Herr Weitmann spricht sich dafür aus, den Erhaltungsstand des streng geschützten Feldhamsters nicht zu verschlechtern, und warnt vor möglichen Beschwerden bei der EU.

Frau von Jungenfeld betont, dass sich die Mainzer Vertreter von CDU, Grünen und SPD im Vorfeld beraten haben und sich gegen eine Verkleinerung der Fläche aussprechen. V.a. mit Blick auf die Selbstverpflichtung der Stadt Mainz zur Energieversorgung mit 100% Strom aus erneuerbaren Energien soll die Fläche nicht verkleinert werden.

Herr Lautenbacher sieht den Verlust des Feldhamsters v.a. im Status-quo begründet. Ausgleichsmaßnahmen könnten zum Schutz des Hamsters beitragen. Die Stadt Mainz müsse sich als größte Stadt der Region solidarisch zeigen und ihren Beitrag zur Energiegewinnung leisten.



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhausen-Nahe

Herr Weitmann stellt nochmals klar, dass man den regionalen Blick in der Ausweisung von Windenergiegebieten behalten soll und sich nicht auf einzelne Flächen, die wie in diesem Fall durch den Feldhamster bevölkert sind, fokussieren sollte.

Herr Ott führt aus, dass es keine Indizien für eine Beeinträchtigung für den Feldhamster durch die Windenergie gibt, weshalb er gegen eine Verkleinerung der Fläche plädiert. Im Hinblick auf die Bauphase gelte das artenschutzrechtliche Tötungsverbot.

Herr Nuphaus stellt dar, dass anhand dieser Fläche der Konflikt zwischen Artenschutz und Klimaschutz deutlich wird. Er bittet um die Würdigung der Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Mainz, die sich für eine Verkleinerung der Fläche ausspricht.

Frau Werner setzt sich gegen eine Verkleinerung Fläche 1 ein und weist auf die Überprüfung der Beeinträchtigung des Feldhamsters im Genehmigungsverfahren hin. Die Nähe zum Gewerbegebiet habe den Feldhamster auch nicht verdrängt, vielmehr wirke sich die weniger intensive Landwirtschaft dort positiv aus. Die Stadt Mainz solle ihren Strom selbst herstellen.

Frau Steimle kritisiert, dass es zu einer zerstückelten Planung auf regionaler Ebene kommt. Es fehle der planerische Blick, um die Technisierung in kleinen Stücken in einer „untechnischen Landschaft“ zu steuern. Bereits auf Landesebene würden die falschen Weichen gestellt.

Herr Ott erwähnt, dass ein Antrag auf Erweiterung der Fläche im Nordosten vorliegt. Herr Krämer zeigt daraufhin den kurzfristig übermittelten Vorschlag und berichtet, dass in diesem Bereich kein Konflikt mit dem Feldhamster vorliegt.

Herr OB Haase erklärt, dass die Verwaltung von dem Vorschlag der Erweiterung überrascht ist. Er schlägt vor, die Fläche im Norden hinzuzunehmen und die Fläche im Süden auf der Ebene der Planung der Stadt Mainz unter Einbeziehung der Fachämter näher zu prüfen.

Die Vorsitzende erläutert, dass nun drei Vorschläge zur Auswahl und Abstimmung stehen:

1. Eine Erweiterung der Fläche im Nordosten und im Süden (entsprechend der Abgrenzung in der letzten Anhörung)
2. Eine Erweiterung der Fläche nur im Nordosten (Vorschlag Herr Haase)
3. Keine Erweiterung (Vorschlag der Geschäftsstelle)

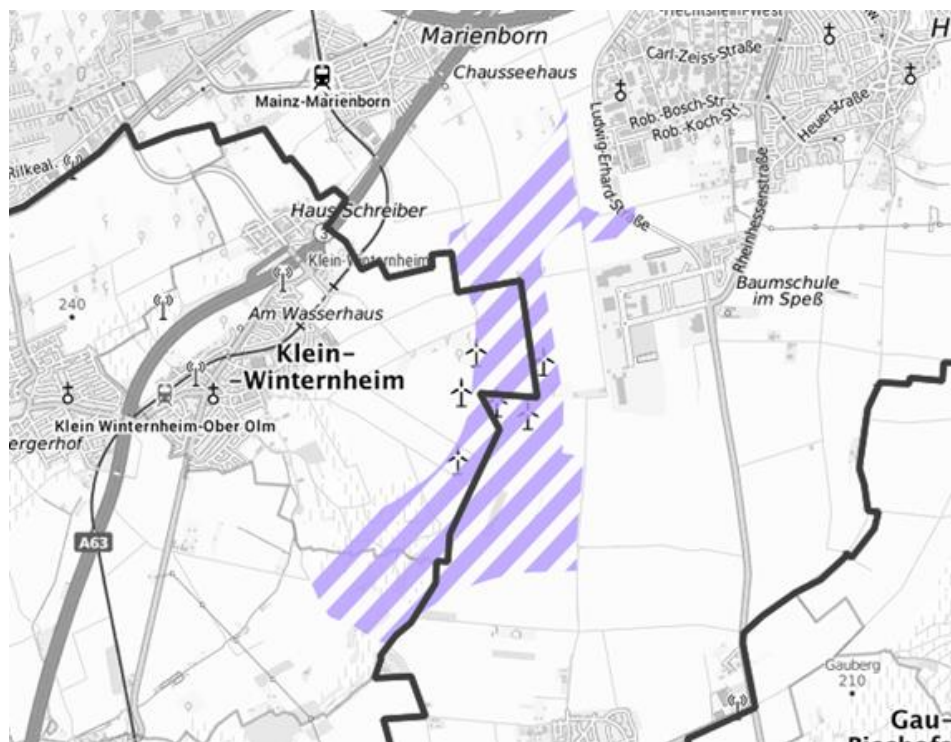
Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe

Herr Bgm. Spiegler vergewissert sich, dass die Abgrenzung nach Westen auf Gemarkung der VG Nieder-Olm nicht von den Änderungen betroffen ist. Dies wird bestätigt.

Herr OB Haase beantragt eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung.

Herr Bgm. Spiegler weist nach der Sitzungsunterbrechung darauf hin, dass die SPD-Fraktion nicht einheitlich stimmen wird, er jedoch für den ersten Vorschlag stimmen wird.

Nach der Sitzungsunterbrechung lässt die Vorsitzende zunächst über den weitreichendsten ersten Vorschlag abstimmen. Es stimmen 29 Mitglieder mit Ja, 19 Mitglieder mit Nein und 2 Mitglieder enthalten sich. Damit wird Vorschlag 1 beschlossen, eine Abstimmung über die anderen beiden Vorschläge ist damit nicht mehr nötig.



Neuabgrenzung der Fläche 1

Fläche 7a (Dienheim / Dexheim / Uelversheim)

Herr Krämer weist daraufhin, dass nach Versand der Unterlagen noch kleine Anpassungen am Zuschnitt in Anpassung an den Flächennutzungsplan vorgenommen wurden.



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe

Fläche 20 (Flonheim / Eckelsheim / Gau-Bickelheim / Wöllstein / Wallertheim / Gumbsheim):

Herr Krämer erläutert, dass sich der neu konstituierte Ortsgemeinderat Flonheim für eine Verkleinerung der Fläche im Süden und eine Erweiterung im Südosten ausgesprochen hat. Die Geschäftsstelle hat keine Einwände gegen diesen Vorschlag. Eine Erweiterung im Südwesten wird dagegen von der Geschäftsstelle nicht empfohlen, um die Gesamtgröße der Fläche nicht ausufern zu lassen. Zudem ist die von der Gemeinde gewünschte Aussparung der dortigen Kuppellage auf regionaler Ebene nicht darstellbar.

Da die Fläche sich gegenüber den versendeten Unterlagen verändert hat, wird über den vorgetragenen Vorschlag abgestimmt. Der Vorschlag wird bei 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Fläche 21 (Biebelsheim / Pfaffen-Schwabenheim / Stadt Bad Kreuznach):

Herr Nuphaus fragt nach, warum die Fläche nicht mehr Teil des ROP ist und stellt einen Antrag auf Wiederaufnahme.

Die Vorsitzende erwidert, dass die Fläche auf Grund mehrerer Dialoge vor Ort mit Bürgern und kommunalen Vertretern herausgenommen wurde.

Herr Klein bestätigt, dass die Bürger vor Ort keine Windenergie haben möchten.

Herr Bgm. Spiegler fragt nach, wie die Gemeinderäte abgestimmt haben. Die Vorsitzende antwortet, dass sich alle Gemeinderäte gegen die Fläche entschieden haben.

Herr Bgm. Letz stellt sich gegen den Antrag auf Wiederaufnahme. Die Stadt Bad Kreuznach habe eine Bürgerversammlung abgehalten, an der mehrere hundert Bürger teilgenommen haben und fast ausschließlich Ablehnung äußerten.

Herr Nuphaus stellt nochmal heraus, dass die Fläche den festgelegten Kriterien entspricht und kritisiert die Herausnahme.

Die Vorsitzende lässt über die Wiederaufnahme der Fläche 21 abstimmen. Der Antrag wird bei 4 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Fläche 26 (Windesheim / Gutenberg):

Herr Nuphaus stellt sich gegen die Fläche, da es noch keinen Steckbrief und keine Umweltprüfung gibt. Er sieht den Eingriff in die Weinberge kritisch.

Herr Krämer erläutert, dass auf Grund der kurzen Zeit keine vollständigen Unterlagen und Prüfungen zu der Fläche vorlagen. Bis zur erneuten Anhörung würden alle



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhausen-Nahe

Unterlagen vollständig vorliegen und diese dann in der nächsten Sitzung nochmals besprochen werden.

Die Vorsitzende lässt über die Aufnahme der Fläche 26 abstimmen. Der Antrag wird bei 8 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Fläche 36 (Odernheim am Glan):

Herr Nuphaus fragt, ob die vorgegebenen 2 km Entfernung zum nächstgelegenen Vorranggebiet eingehalten werden.

Herr Krämer erklärt, dass die 2 km hierbei unterschritten werden, es sich aber um planungsrechtlich bereits gesicherte Flächen aus dem Flächennutzungsplan handelt.

Die Vorsitzende lässt über die Aufnahme der Fläche 36 abstimmen. Der Antrag wird bei 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Fläche 37 (Durchroth / Odernheim am Glan):

Herr Schwerbel äußert den Wunsch, dass eine temporäre Windenergienutzung in Überschneidungsgebieten mit Vorranggebieten für langfristige Rohstoffsicherung von 25 auf 30 Jahre erhöht wird, und begründet dies mit den langen Planungszeiten und den daraus entstehenden Zurückhaltungen bei Projektierern und Investoren.

Herr Krämer berichtet, dass es aktuell Schwierigkeiten in der Konsensfindung gibt und eine weitere Ausdehnung der Nutzungszeiten im Widerspruch zu den eingegangenen Stellungnahmen steht. In der nächsten Sitzung soll über eine mögliche Teilfortschreibung zum Thema Rohstoffsicherung gesprochen werden, in deren Rahmen auch die Nutzungszeiten für die Windenergie noch einmal geprüft werden können.

Fläche 53 (Dienstweiler / Nohen):

Herr Müller, LWK spricht sich gegen die Verkleinerung des Vorranggebietes für die Windenergie auf Grund der Überlagerung mit einem Vorbehaltsgebiet für PV aus auf Grund der eingehaltenen Ausbauziele für PV-Anlagen.

Herr Krämer gibt zu bedenken, dass andere Planungsgemeinschaften deutlich mehr Vorbehaltsgebiete für Photovoltaik vorsehen.

Herr Nuphaus spricht sich für die Beibehaltung des Flächenzuschnitts aus.

Herr Bgm. König stellt einen Antrag auf Veränderung der Fläche entsprechend einer zeichnerisch vorliegenden und mit den Betroffenen abgestimmten Abgrenzung. So soll die Fläche im weiteren Verfahren der 4. TF zum ROP Berücksichtigung finden. Dies



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhausen-Nahe

dient der Interessenwahrung der betroffenen Kommunen, des ansässigen Vereines MSC Condor und des Windkraft-Projektierers Fa. Eurowind Energy.

Herr Krämer bekräftigt, dass es sich um einen sinnvollen Interessensausgleich handelt. Die Geschäftsstelle habe den Flächenvorschlag lediglich marginal in den Randbereichen modifiziert um eine Überplanung von Ausschlussgebieten zu vermeiden. Dies betreffe aber nicht die geplanten Maststandorte.

Herr Nuphaus macht darauf aufmerksam, dass Modellflug lediglich eine Freizeitnutzung ist. Daher stelle sich die Frage, ob der Luftsportverein nicht umgesiedelt werden kann.

Herr König stellt klar, dass eine Umsiedlung nicht möglich ist.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Bgm. König zur Veränderung der Fläche 53 abstimmen (Interessensausgleich Windkraft und Modellflug). Der Antrag wird bei 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Müller zur Veränderung der Fläche 53 (Wiederaufnahme der Überschneidung mit Vorbehaltsgebiet PV) abstimmen. Der Antrag wird bei 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Fläche 58 (Berschweiler b. Baumholder / Eckersweiler / Mettweiler) und 59 (Baumholder):

Herr Krämer berichtet, dass die Bundeswehr zunächst keine Stellungnahme abgegeben hat. Man habe daher Mitte September noch einmal nachgehakt. Die Stellungnahme sei erst an diesem Vormittag eingegangen. Demnach müssten die Flächen 58 und 59 entfallen wegen ihrer Lage zwischen dem Truppenübungsplatz und einer Außenfeuerstelle.

Herr Bgm. Alsfasser erklärt, dass er entgegen der verspätet abgegebenen Stellungnahme der Bundeswehr eine andere Rückmeldung erhalten habe. Demzufolge würde die Außenfeuerstelle seit 20 Jahren nicht mehr benutzt. Es stehe hierzu ein Gespräch bei der Landesregierung an, was auf jeden Fall noch abgewartet werden soll. Deshalb spricht er sich für die Beibehaltung der beiden Flächen aus.

Die Vorsitzende lässt über die Beschlussfassung zu allen eingegangenen Stellungnahmen abstimmen.

Beschluss: Die Regionalvertretung nimmt die Ausführungen der Geschäftsstelle und der Vorsitzenden zur Kenntnis und beschließt die Abwägungsvorschläge der Geschäftsstelle zu den eingegangenen Stellungnahmen unter



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhausen-Nahe

Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungsanträge. Der Antrag wird bei 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

TOP 12 Beratung und Beschlussfassung zur erneuten Offenlage der vierten Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans Rheinhausen-Nahe für das Sachgebiet Energieversorgung (Windenergie) – Beschlussfassung

Herr Baumann erläutert die Änderungen der Ziele und Grundsätze, die nach der Anhörung angepasst worden sind.

Herr Nuphaus fragt nach, ob nach der Herausnahme des Grundsatzes 165 c weiterhin die 720 Meter Abstand für Repowering-Vorhaben gelten.

Herr Krämer erläutert, dass das Repowering weiterhin nach BauGB mit 720 Meter Abstand möglich ist.

Die Regionalvertretung nimmt die Ausführungen der Vorsitzenden und der Geschäftsstelle zur Kenntnis und beschließt die erneute Offenlage der vierten Teilfortschreibung für das oben genannte Sachgebiet unter Berücksichtigung der Änderungen zu den Windenergiegebieten 1, 7a, 20 und 53 sowie zum Z 163 und zum G 166. Die erneute Offenlage wird auf drei Wochen verkürzt. Die Regionalvertretung ermächtigt die Geschäftsstelle nach der Beschlussfassung noch redaktionelle Änderungen an Karte und Text des ROP vorzunehmen sowie die strategische Umweltprüfung zu ergänzen. Der Beschluss ergeht mehrheitlich bei 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

TOP 13 Mitteilungen und Informationen

Sachstand zur dritten Teilfortschreibung des ROP 2014 für die Sachgebiete Siedlungsentwicklung (Gewerbe), Energieversorgung (Photovoltaik), Freiraumstruktur, Landwirtschaft, Zentrale Orte und Rohstoffsicherung

Herr Krämer stellt die Bilanz der eingegangenen Stellungnahmen zur 3. Teilfortschreibung vor. In einer Sitzung Ende März soll über die Abwägung abgestimmt werden. Er erläutert, dass nach aktuellem Stand voraussichtlich keine erneute Anhörung notwendig ist.

Herr Müller, LWK bedauert, dass es aufgrund der vielen Zielabweichungsanträge zur Photovoltaik an diesem Tag noch keinen Beschluss zur 3. Teilfortschreibung gibt. Er fragt nach, ob der weitere Prozess beschleunigt werden kann.



Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe

Die Vorsitzende und Herr Krämer erläutern, dass es auf Grund der geplanten Ausschüsse im Februar kaum Spielraum für eine schnellere Umsetzung gibt.

Förderprogramm strategische Regionalentwicklung - Information

Herr Krämer berichtet, dass es nach der erfolglosen Bewerbung für das Förderprogramm des Bundes einen erneuten Anlauf in 2025 für den Hunsrück-Nahe-Raum geben soll. Aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl sei allerdings noch offen, wann und ob der Bewerbungsauftrag komme.

Sonstiges

Herr Bgm. Alsfasser merkt an, dass es auf Grund der vielen Abgänge während der Sitzung sinnvoll wäre, wenn die Mitglieder sich im Vorfeld der Sitzung ab einer bestimmten Uhrzeit abmelden. Dadurch kann eine mögliche nicht mehr vorhandene Beschlussfähigkeit der Regionalvertretung vermieden werden.

Herr Nuphaus erinnert daran, dass die Dokumente zur Sitzung dauerhaft online verfügbar sein sollten.

Herr Krämer räumt ein, dass die Geschäftsstelle dies zur neuen Sitzungsperiode ermöglichen wollte, und bedankt sich für die Erinnerung.

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Mitgliedern der Regionalvertretung für die Teilnahme und schließt die Sitzung um 17:20 Uhr

Vorsitzende
Bettina Dickes
Landrätin des Landkreises Bad Kreuznach

Johannes Baumann
Geschäftsstelle der
Planungsgemeinschaft

Anlagen:

- Teilnehmerliste
- Präsentation